
ECHOS DE PRESSE

« Luxemburger Wort » du 02.02.2001

Podiumsdiskussion der APEG

« Educateurs gradués » fordern Klarheit über Statut und gerechte Entlohnung

Staatssekretär Jos Schaak : « Entscheidung erst nach Studie über Laufbahnen in der öffentlichen Funktion »

ari - Die Botschaft der Podiumsdiskussion war klar: Die „éducateurs gradués“ wollen – « nach 25 Jahren Ungewissheit » – Klarheit über ihr Statut, die volle Anerkennung ihrer Studien und Arbeit sowie endlich Gerechtigkeit bei der Entlohnung.

Eingeladen. hatte die »Association professionnelle des éducateurs/trices gradué(e)s“ (APEG) zu einer Konferenz mit dem Thema „L'éducateur gradué en l'an 2001: une profession discriminée ou reconnue?“. Sehr zahlreich waren die »éducateurs gradués“ der Initiative ihrer Interessenvertretung gefolgt. Die "Rotonde" der Victor-Hugo-Halle auf Limpertsberg war am Dienstagabend bis zum letzten Platz gefüllt, der Unmut war deutlich zu spüren.

Zur Diskussion standen die verschiedenen Arbeitsfelder, das juristische Statut, die erforderlichen Studien sowie die Frage nach einer gerechten Entlohnung der "gradués ". Die Leitung lag in den Händen von RTL-Moderatorin und „éducatrice graduée“ Françoise Hetto.

Um, „éducateur gradué“ in Luxemburg. zu werden, muss man nach dem Abitur das »Institut d'études éducatives et sociales“ (IEES) in Fentingen und Liwingen oder aber eine anerkannte Hochschule im Ausland besuchen. Seit 1973 gibt es den »éducateur gradué“. Damals noch mit einer „Bac+2“-Ausbildung. Seit 1990 schreibt das Gesetz

ein»Bac+3“ für den Beruf vor. 75 Prozent der knapp 600 "gradués" in Luxemburg sind Frauen. 73 Prozent arbeiten vorwiegend in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, 38 Prozent sind bei der öffentlichen Hand und 62 Prozent im konventionierten Sektor beschäftigt.

„Wir wollen uns nicht mehr vertrösten lassen“

Thierry Lutgen, Präsident der APEG, unterstrich in seiner Eröffnungsrede, dass man nicht mehr, aber auch nicht weniger wolle, als einem zustehe. Es müsse einfach gerecht zugehen beim. Staat und im. konventionierten Sektor. Man sei es leid, von Regierungsseite immer nur auf ein späteres Datum. vertröstet zu werden. Man warte jetzt schon 25 Jahre. "Bac+3" müsse eben auch als "Bac+3" anerkannt und entlohnt werden.

Germain Dondelinger vom Ministerium für Kultur, Hochschulwesen und Forschung ging in seinem sehr ausführlichen Vortrag auf die Geschichte des Berufs in Luxemburg sowie auf die anstehende Reform des IEES in Fentingen und Liwingen ein. Man wolle das IEES gemäss dem Koalitionsvertrag in das Hochschulgesetz integrieren. Ziel sei eine den internationalen Standards entsprechende autonome Hochschule für Sozialpädagogen. Somit könnten luxemburgische Diplome auch im Ausland anerkannt werden. Zudem könne

im Rahmen des Erasmus-Programms der Europäischen Union ein Studentenaustausch erfolgen. Allerdings müsse man sich noch klar werden über den genauen geographischen Standort des IEES.

Es bestehe auch ein verfälschtes Bild in der Öffentlichkeit über den Beruf des »éducateur gradué". Deshalb habe man eine Studie in Auftrag gegeben, um zu sehen wie es um diese Tätigkeit, in Luxemburg steht. Man wolle in Erfahrung bringen, wie viele »éducateurs" und „éducateurs gradués" hierzulande in welchen Arbeitssparten ihren Beruf ausüben. Überprüft werden solle auch, ob die angebotene Ausbildung beim IEES den Anforderungen der Praxis entspricht. Denn der Beruf habe sich in den letzten Jahren stark verändert und sei vielfältiger geworden, so Germain Dondelinger.

„Gleiche Arbeit, gleiche Arbeitsbedingungen"

Ben Fayot (LSAP) sprach sich für eine Eingliederung des IEES in das Hochschulgesetz aus. Er verwies dabei auf eine Motion der Abgeordnetenkammer vom Juni vergangenen Jahres. Er könne sich aber auch ein zweijähriges Grundstudium im Rahmen des „Centre universitaire" vorstellen. Danach würde die Spezialisierung dann im IEES erfolgen.

Fernand Dentzer, Direktor des „Jongenheem" und Vizepräsident der APEG, plädierte für eine lebenslange Weiterbildung der "gradués". Auch müsse das Prinzip „gleiche Arbeit, gleiche Arbeitsbedingungen" gelten. Besonders bei der »éducation précoce" gebe es noch Nachholbedarf. Um den Berufsstand klarer zu definieren, sprach sich Fernand Dentzer für die Übernahme der deutschen Bezeichnung „Sozialpädagoge" aus.

Claude Simon (déi Lenk) erklärte, er verstehe den Unmut der "gradués", und forderte ebenfalls eine gerechte Behandlung bei der Entlohnung sowie eine fachliche Kontrolle der Leminhalte beim IEES.

Alle Konferenzteilnehmer waren sich einig, dass die Tendenz eindeutig in die Richtung der Ganztagschule läuft. Die gesellschaftlichen Veränderungen seien nicht anders zu meistern. Besonders in diesem Bereich entstünden neue Arbeitsgebiete für die „éducateurs gradués". Allerdings müsse man auch auf die Gefahren einer solchen Entwicklung aufpassen.

Nelly Stein (CSV) beglückwünschte die APEG und lobte die gute Arbeit der „gradués" insbesondere bei der Hausaufgabenhilfe, der Seniorenbetreuung und in den Jugendhäusern. In Bezug auf die Reform des IEES müsse man für neue Ideen offen sein. So könne man sich z. B. nach einem Grundstudium in Fentingen ein Jahr im Ausland vorstellen. Auch müsse man die Programme „durchforsten", denn weniger sei hier einfach mehr. Gleichfalls unterstrich Nelly Stein das Prinzip "gleiche Arbeit, gleiche Arbeitsbedingungen".

Claude Meisch (DP) ging auf die Situation in Differdingen ein. Besonders in Kinderhorten, Jugendhäusern und in der „éducation précoce" benötige man immer mehr »gradués". Allerdings müsse der „éducateur" gemeinsam mit der Lehrperson ein wirkliches Team bilden. Dies bedeute gleiche Arbeitsbedingungen für Betreuungspersonal und Lehrer.

„Regierung ohne Konzepte"

Viviane Loschetter (Déi Greng) sprach von einer absoluten Konzeptlosigkeit bei der Définition des »éducateur gradué". Es müsse endlich einmal geregelt werden, wer was wo mache. Auch sei die Frage nach einer gerechten Entlohnung von zentraler Bedeutung. Immer wieder müsse man feststellen, dass einfach der politische Wille fehle, um "in Menschen zu investieren".

Jacques-Yves Henckes (ADR) kritisierte einen politischen "pilotage à vue" bei der Regierung. Man solle einfach der Dauer der Ausbildung Rechnung tragen. Der Staat müsse ein gerechter Arbeitgeber sein. Für

schwierige Arbeitsfelder forderte er eine so genannte »prime d'encouragement«.

In der abschließenden Debatte wurde immer deutlicher, was das Hauptanliegen der „éducateurs gradués“ ist: Sie fühlen sich ungerecht behandelt und von der Politik hingehalten. Ben Fayot sprach jedoch für alle Politiker, als er meinte, man habe verstanden, dass der „springende Punkt“ die Besoldung sei.

In seinem Schlusswort forderte Thierry Lutgen die Vertreter aller Parteien zur Zusammenarbeit auf. Man solle das Thema nicht politisieren, sondern bestehende Ungerechtigkeiten beheben. Vor allem gehe es jetzt darum, die sofortige Anerkennung der „Bac+3“-Ausbildung der „éducateurs gradués“ in allen Laufbahnen der Sozialberufe durchzusetzen. Dies habe weder etwas mit der Reform des IIES noch mit der Überprüfung der Laufbahnen in der öffentlichen Funktion zu tun.

„Gehälterkonstellation eine fragile Struktur“

Im Anschluss an die Konferenz warnte der Staatssekretär der Öffentlichen Funktion, Jos Schaack, auf Anfrage unserer Zeitung gegenüber vor allzu grossen Erwartungen der „éducateurs gradués“. Mehr als 60 Organisationen hätten schon bei ihm vorgeschlagen, um eine Gehälteraufbesserung zu erreichen. Dazu gehöre auch die APEG. Deren Forderung sei zwar verständlich, doch könne man das „Bac+3“-Argument nicht isoliert betrachten.

Die Besoldung beim Staat erfolge immer unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte. Dabei sei die Ausbildung nur ein Element unter vielen. Man müsse jetzt erst einmal die im Koalitionsvertrag vereinbarte Studie über die verschiedenen Laufbahnen in der öffentlichen Funktion abwarten. Danach werde sich der Regierungsrat mit der Besoldung befassen. Dabei, so Jos Schaack, müsse man die nötige Vorsicht walten lassen, denn die Gehälterkonstellation im öffentlichen Dienst sei eine »fragile Struktur«.



ERZIEHERINNEN

Ein Beruf mit Zukunft ?

Vor allem im Bereich der ausserschulischen Betreuung wird der Bedarf an ErzieherInnen in den nächsten Jahren wachsen.

Die "Association professionnelle des éducateurs et éducatrices gradué(e)s" holt sich Schützenhilfe bei PolitikerInnen: Alle beklagen, dass die ErzieherInnen in Sachen Bezahlung und Status benachteiligt sind. Eine Änderung der Situation lässt auf sich warten.

(ergué) - Einer Erhebung der "Association professionnelle des éducateurs/trices gradué(e)s (APEG)" aus dem Jahre 1999 zufolge waren 1999 etwa 585 Personen als so genannte "graduierte" ErzieherInnen tätig. Im Gegensatz zu den "diplomierten" ErzieherInnen haben sie nach dem Première-Examen eine dreijährige Hochschulausbildung absolviert, zumindest jene unter ihnen, die ihren Abschluss nach 1999 gemacht haben. Damals war die Ausbildung von zwei auf drei Jahre verlängert worden.

Etwa 62 Prozent der ErzieherInnen waren 1999 in Institutionen beschäftigt, die die Altersklassen von 7 bis 19 Jahren, also Kinder und Jugendliche, betreuen. Der weitaus geringere Teil war in der Erwachsenen- und Altenbetreuung aktiv. Für das Jahr 2001 wird die Zahl der "éducateurs gradués" auf fast 650 geschätzt. Die Tendenz ist weiter steigend: 150 Studentinnen und Studenten verfolgen derzeit eine Ausbildung im IEES (Institut d'Etudes Educatives et Sociales) in Livange. Sorgen um einen Arbeitsplatz brauchen sie sich nicht zu machen, Mit der Einführung der "éducation précoce" und der Entwicklung in Richtung Ganztags-schule im Primär- und Sekundar-schulwesen geht ein enormer Bedarf an ErzieherInnen einher.

Dennoch herrscht grosse Unzufriedenheit in dieser Berufssparte. Das zeigte sich wieder einmal am vergangenen Dienstag, als die APEG zu einer "table ronde" mit VertreterInnen aus sämtlichen Parteien und aus dem Hochschulministerium einlud: Die Victor-Hugo-Halle war gerammelt voll, und

Applaus erklang vor allem dann, wenn von der Revalorisierung der ErzieherInnen-Laufbahn die Rede war. "Eine gute Bezahlung ist nicht alles, aber sie hat einen angenehmen Nebeneffekt", meinte Fernand Dentzer, Vize-Präsident der APEG, als er die Diskriminierungen seines Berufes auflistete.

Seit den 70er Jahren, als der sozioedukative Sektor eine explosions-artige Entwicklung mitmachte, wurde eine gerechte Regelung versprochen. Dreissig Jahre später ist die Bilanz ernüchternd: Die ErzieherInnen werden im Vergleich zu anderen Berufen mit dreijähriger Ausbildung nicht nur schlechter bezahlt, auch innerhalb des Berufstandes selber gibt es kaum nachvollziehbare Unterschiede. Dabei geht es nicht nur um die Differenz zwischen jenen, die beim Staat oder den Gemeinden „verbeamtet“ sind, und jenen, die im privaten, konventionierten Sektor arbeiten. Auch innerhalb dieser Kategorien gibt es Unterschiede, etwa wenn ein anderes Ministerium im Spiel ist. Am schlimmsten wiegt allerdings der Umstand, dass bei einem Wechsel der Arbeitsstelle die bisher erlangte Berufserfahrung nicht oder nur teilweise anerkannt wird.

Die Folgen sind fatal: Problem-institutionen wie etwa die Jugendanstalt in Dreiborn finden keine erfahrenen ErzieherInnen, die dort arbeiten wollen. AnfängerInnen sind aber wegen der spezifischen Problemfälle, die es zu betreuen gilt, überfordert.

Diese Schwierigkeit wird sich noch verschärfen, wenn die Ganztagschule im

Sekundarunterricht weiter verallgemeinert wird: Es ist dann kaum zumutbar, junge StudienabgängerInnen mit SchülerInnen zu konfrontieren die nur wenige Jahre jünger sind.

Die Politik gibt zwar an, das Problem erkannt zu haben. Doch wann eine gesicherte legale Basis geschaffen werden soll, kann oder will niemand sagen. Das Ministerium für Hochschulwesen arbeitet zwar an einem

Gesetz, welches den Hochschulcharakter der IEES-Ausbildung definieren soll, es tut sich aber schwer damit, eine konkrete Lösung vorzulegen. Es herrscht Angst vor einer Kostenlawine, da die Revalorisierung viele Personen auf ein Mal betreffen wird. Allerdings ist für die ErzieherInnen nur schwer nachvollziehbar, weshalb gerade sie, angesichts milliardenhoher Steuergeschenke, auf einen Ausgleich warten müssen.

« Letzebuerger Land » du 02.02.2001

Die am Montag gestartete Untersuchung zur Reform der Ausbildung am IEES könnte den gesamten Sozialsektor durcheinander wirbeln

Mein Bac, dein Bac

Peter Feist

WÄRE FRANÇOIS BILTGEN noch immer Chamber-Abgeordneter, hätte er den vergangenen Montag womöglich zu einem besonderen Datum erklärt. Am 7. Juli 1998 hatte der damalige CSV-Deputierte gemeint: »Fir mech ass haut Ouschteren!« Das war, als im Parlament das Gesetz über die Action sociale, familiale et thérapeutique, kurz: ASFT, verabschiedet wurde. Biltgen, Berichterstatter des Gesetzesprojekts, wollte daran erinnern, dass mehr als zehn Jahre zuvor der damalige Familienminister Jean Spautz und Gesundheitsminister Benny Berg gemahnt hatten, bis Ostern '88 müsse jenes Gesetz votiert sein, das zu dieser Zeit noch Action médico-socio-familiale hiess und im Grunde den gleichen Zweck hatte wie ASFT zehn Jahre später: dem gesamten sozio-educativen und therapeutischen Sektor erstmals eine legale Basis geben. Seit ASFT in Kraft ist, muss jeder Anbieter sozialer Dienstleistungen - ob rein privat, per Konvention vom Staat oder aus der Pflegeversicherung finanziert - sich einem Zulassungsverfahren stellen und Mindest-Qualitätsstandards erfüllen, vor allem, was Infrastruktur und Personalausstattung betrifft.

Am vergangenen Montag ist unter der Leitung des Hochschulministeriums eine Untersuchung angelaufen, die die Umwandlung des Institut d'études éducatives et sociales (IEES) Fentingen/Livingen in eine Hochschuleinrichtung und die Reform der Ausbildung zum Édicateur gradué vorbereiten soll. Auf den ersten Blick scheint es keine unmittelbare Verbindung zwischen diesem Projekt und dem ASFT-Gesetz zu geben. Auf den zweiten schon: die von unabhängigen Gutachtern durchzuführende Untersuchung wird in sämtlichen sozialen Einrichtungen ermitteln, wer dort arbeitet, mit welcher Aufgabenstellung, mit welcher Qualifikation. Bis Ende September soll nicht nur die Beschreibung des Ist-Zustandes vorliegen, sondern auch eine Personalbedarfsprognose für die Zukunft und ein Anforderungskatalog für Aus- und Weiterbildung.

Dergleichen gab es hier zu Lande noch nie, und deshalb könnte der vergangene Montag für Kinderkrippen und Altenheime, für Behindertenwerkstätten oder Einrichtungen der Éducation précoce zu einem historischen

Datum werden. Könnte: Während der langen und kontroversen Auseinandersetzungen um das ASFT-Gesetz hatte die damalige CSV-LSAP-Regierung mit ihrer Parlamentsmehrheit eine Tiefenanalyse des gesamten Sektors inklusive der Infrastruktur und der vom Staat gezahlten Mittel stets als "zu aufwändig" abgelehnt.

Ob die nun begonnene Erhebung aller Einrichtungen im sozio-educativen, therapeutischen und Pflegesektor mit den geplanten Befragungen einer Stichprobe von 750 der rund 5 000 Beschäftigten eine Tiefenwirkung entfalten werden, ist allerdings noch nicht abzusehen. Zwangsläufig auf den Tisch kommen dürfte in den Interviews zur Berufszufriedenheit das Laufbahnproblem der IEES-Absolventen, der *Éducateurs* und der *Éducateurs gradués* - junge Berufe, seit mit der Einführung der Schulpflicht für behinderte Kinder im Jahre 1973 die *Éducation différenciée* und der Beruf des *Moniteur de l'éducation différenciée* geschaffen wurde. Von nun an wurde die Sozialarbeit allmählich aus den Händen der Ordensschwestern und -brüder genommen, die sie bis dahin ansschliesslich verrichtet hatten. Per Gesetz wurde 1973 auch der *Éducateur* als Hochschulberuf mit dem Abschluss Bac+2 definiert. 1990 schrieb ein neues Gesetz fest, dass aus den *Moniteurs* nun *Éducateurs* mit einem Bac+1-Diplom werden sollten; aus den früheren *Éducateurs* mit Bac+2 nunmehr *Éducateurs gradués* (Bac+3).

Diese Begriffsverwirrung kommt bis heute vor allem die graduierten Erzieher im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen: noch immer werden allein in Krankenhäusern tätige auch in der Bezahlung ihrem Bac+3-Abschluss nach eingestuft; der im paramedizinischen Sektor geltende Kollektivvertrag macht es möglich. In den konventionierten Einrichtungen, wo das Gros des Erzieherpersonals arbeitet, aber auch im öffentlichen Dienst, gilt Bac+2 als Grundlage, als hätte es die 1990-er Ausbildungsreform am IEES nie gegeben.

Dahinter verbirgt sich der noch immer ungelöste Konflikt zwischen Staat, privaten Trägern und Gewerkschaften: der Staat tritt

als Geldgeber, aber nicht als Arbeitgeber auf; die Trägerbetriebe sind auf Kostensenkung bedacht und fürchten um ihre finanzielle Manövrierfähigkeit, denn den Staat darf die per Konvention als Outsourcing delegierte Dienstleistung nicht teurer zu stehen kommen, als wenn er sie selbst anbieten würde. Dass es nach Aussagen der Association professionnelle des *éducateurs gradués* (Apeg) immer öfter vorkommt, dass im konventionierten Bereich neu geschaffene Stellen nur für *Éducateurs* ausgeschrieben werden, finanziell auch nur so dotiert sind und vielen graduierten Berufsanfängern keine andere Wahl bleibt, als zuzugreifen, ist ein Ausdruck davon.

Im Laufe von mehr als 20 Jahren ist ein Interessendickicht entstanden, vor dessen offener Diskussion schon die CSV-LSAP-Koalition zurückschreckte, als sie während der kontroversen Auseinandersetzungen um das ASFT-Gesetz eine rigorose Bestandsaufnahme im Sektor ablehnte.

An den Verdienstverhältnissen dürfte sich jetzt so schnell nichts ändern. Staatssekretär Jos Schaack vom Ministerium des öffentlichen Dienstes warnte die Apeg-Vertreter während einer Unterredung Ende November 2000 vor "zu grossen Illusionen", und weil nach dem Kollektivvertrag von 1998 die Gehälterentwicklung im konventionierten Sektor in ihrer Tendenz an den öffentlichen Dienst gekoppelt wurde, gilt auch für das eigentlich privat angestellte Erzieherpersonal der Hinweis, den Ben Fayot (LSAP), Mitglied der parlamentarischen Hochschulkommission, am Dienstag Abend auf einer Podiumsdiskussion machte: Da demnächst die Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst wieder beginnen, sollten die Erzieher lieber nicht für "zusätzliches Durcheinander" sorgen und besser die Reform des IEES vorantreiben helfen. Hinter der steht auch Uni-Luxemburg-Vorkämpfer Fayot selbst, und dass Hochschulministerin Erna Hennicot versprochen hat, das Institut in Fentingen/Livingen in eine Einrichtung "mit europäischem Niveau" zu überführen, nährt die Hoffnung das Problem der Gehaltseinstufung könne sich ganz

automatisch lösen: Nämlich in dem Moment, wenn der erste Studenten-Jahrgang eine reformierte Ausbildung belegen könnte, die dann womöglich zum Sozialpädagogen führt und endlich auch von Hochschulen und Universitäten im Ausland anerkannt wird. Womöglich schon ab dem kommenden Herbst.

Innerhalb der Regierung wird die Umfrageaktion offenbar keineswegs als Anlass verstanden, im gesamten Sektor eine Generalinventur zu machen. Familienministerin Marie-Josée Jacobs erklärte gegenüber dem *Land*, nicht genau zu wissen, was im Auftrag ihrer Kollegin Erna Hennicot da ermittelt wird. Und zu glauben, das bestehende System könne von heute auf morgen geändert werden, sei "Illusion". Gut bekannt ist ihr allerdings das Problem, das sich stellt, wenn Erzieher - ob graduiert oder nicht aus dem staatlich konventionierten Sektor in den öffentlichen Dienst wechseln wollen. Je länger die Berufserfahrung umso grösser die Verdiensteinbußen bei der Neueinstufung. Aus diesem Grund ist für anspruchsvolle Staats-Jobs wie die in den Erziehungsheimen von Dreibern und Schrässig Personal so schwer zu finden: Absolventen des IEES sind nur wenig älter als die Heiminsassen und zu unerfahren, Erzieher-Profis aus einer konventionierten Einrichtung jedoch schreckt ab, dass bei einem Wechsel der Gehaltverlust sich auf monatlich bis zu 40 000 Franken netto summieren kann. Organisierte Weiterbildung soll nach Ansicht der Familienministerin Brücken schlagen helfen und auch Wechsel wie etwa einen von der Kleinkinder- hin zur Altenbetreuung erleichtern. Derweil wird im Hochschulministerium darüber nachgedacht, sowohl für den aufzuwertenden Studiengang der jetzigen graduierten Erzieher als auch für die nicht graduierten, für die in Zukunft eine Art sozio-educatives Lyzeum zuständig sein könnte, Spezialisierungsrichtungen vorzusehen, die sich am Bedarf in der Praxis orientieren.

Und der wird immer grösser. Dass darauf nur mit einer "Pilotage à vue" reagiert werde, hatten Grüne und DP der CSV-LSAP-Regierung vor drei Jahren vorgeworfen; vorerst sieht es aus, als gehe es damit weiter. In den psychologischen und Orientierungsdiensten der Schulen (SPOS) sollen nach Vorstellungen von Unterrichtsministerin Anne Brasseur in den nächsten Jahren 260 graduierte Erzieher eingesetzt werden, in Kinderkrippen verspricht das Familienministerium rund 200 neue Stellen für graduierte und etwa 800 für nicht graduierte Erzieher. Wenn ab 2005 die *Éducation précoce* landesweit eingeführt wird und jede Einrichtung Anne Brassours Wunsch folgt, möglichst Ganztags-Auffangstrukturen zu schaffen und damit Früherziehung und Kindertagesstätte zu koppeln, wären für den theoretischen Fall, dass alle 118 Gemeinden das tun, nach geltendem Personalschlüssel weitere 236 graduierte Erzieher nötig. Womöglich sogar mehr, da größere Gemeinden nicht nur eine Früherziehungseinrichtung vorsehen müssen. Mag sein, dass das Timing nur schlecht ist, aber da bis 1999 das IEES nicht mehr als 287 graduierte Erzieher und 358 nicht graduierte verlassen haben, stellt sich die Frage, woher das viele neue Personal kommen soll. Es wäre schade, wenn das ambitionierte Projekt einer sozialpädagogischen Hochschule unter den Bedingungen planerischer Wirrnis Gestalt annähme und am Ende anssehen könnte wie eine Null plus-Lösung.



Anerkennung statt Diskriminierung

Am Dienstagabend hatte die APEG zu einem politischen Rundtischgespräch über die Zukunft des Berufsstandes der graduierten Erzieher in die Victor-Hugo-Halle auf Limpertsberg eingeladen.

An der Diskussionsrunde, zu der sich zahlreiche Erzieher aus allen Landesteilen eingefunden hatten, nahmen Germain Dondelinger (Vize-Präsident des »Conseil national de l'enseignement supérieur", Nelly Stein (CSV), Claude Meisch (DP), Viviane Loschetter (Déi Gréng), Ben Fayot (LSAP), Claude Simon (déi Lénk), sowie Jaques-Yves Henckes (ADR) teil. Moderiert wurde die Runde von Françoise Hetto.

Im Mittelpunkt der Debatte stand wieder einmal die Frage der Anerkennung des Berufsstandes der graduierten Erzieher, die sich nach wie vor vom Hochschulministerium wegen der Nichtberücksichtigung ihrer beruflichen Interessen und der Nichtanerkennung ihres Abschlussdiploms als universitäre Ausbildung diskriminiert fühlen.

Im Rahmen der zurzeit von der Regierung durchgeführten Reform des IEES (Institut d'études éducatives et sociales) hoffen die APEG-Verantwortlichen ausserdem auf eine baldige Anpassung der Programme an die sehr unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Erzieher sowie das Zugeständnis seitens des Hochschulministeriums im Hinblick auf eine permanente Weiterbildung.

Auf die brennende Frage, wann die Erzieher aber ihr seit mehr als 25 Jahren gefordertes Berufsstatut von der Regierung zuerkannt bekommen, konnte vorgestern. Abend aber keiner der politischen Verantwortlichen eine Antwort liefern. Nur in einem Punkt waren

sich fast alle Redner einig, nämlich dass es endlich an der Zeit sei, Nägel mit Köpfen in diesem leidigen Dossier zu machen. Viviane Loschetter von «Déi Gréng» warf der Regierung gar eine erschreckende Konzeptlosigkeit vor, was die Lösung des Statut-Problems der Erzieher anbelangt. Ben Fayot von der LSAP fragte sich seinerseits, ob es in Zukunft nicht angebracht wäre, darüber nachzudenken, die Ausbildung der Erzieher um ein Jahr zu verlängern. und eventuell in zwei Zyklen von je zwei Jahren zu organisieren.

Auch müsse nach Ansicht des Abgeordneten versucht werden, die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen oder spezialisierten Instituten zu verbessern.

Zu den weiteren Themenbereichen, die im Laufe des Diskussionsabends angeschnitten wurden, gehörte unter anderem auch die Problematik der künftigen Arbeitsbereiche der graduierten Erzieher. Die zusätzlichen Strukturen, die Politik und Gesellschaft zurzeit für die Betreuung der Kinder ins Leben rufen würden, stellen nach Ansicht der APEG neue Herausforderungen an die graduierten Erzieher. In der Frage, wer diese neuen Strukturen führen solle, so die APEG weiter, dürfe nicht versucht werden, alles zum billigsten Tarif zu erhalten, ohne dabei auf die Qualität der geleisteten Arbeit zu achten. ck.

RUNDTISCHGESPRÄCH ZUM THEMA "L'ÉDUCATEUR GRADUÉ EN L'AN 2001"

Gleiche Bedingungen für gleiche Arbeit

Eine Berufsgruppe fordert eine klare Definition ihrer Ausbildung, Aufgabe und Karriere

ck.- Die APEG (Association Professionnelle des Educateurs/trices Gradué/e/s) hatte am vergangenen Dienstag zu einem von Françoise Hetto moderierten Rundtischgespräch über die Zukunft ihres Berufes eingeladen, an dem Nelly Stein (CSV), Claude Meisch (DP), Viviane Loschetter (Déi Gréng), Ben Fayot (LSAP), Claude Simon (Déi Lénk), Jacques Yves Henckes (ADR) sowie - last but not least- Regierungsrat und Vizepräsident des Nationalen Hochschulrates Germain Dondelinger teilnahmen. Unter die "Special Guests", wie sie im Programmheft bezeichnet wurden, hatte sich u.a. APEG-Präsident Fernand Dentzer gemischt.

Vorweg einige grundlegende Informationen zum Thema: In den Ausbildungszentren in Fentingen und Livingen (IEES) werden in drei Jahren sowohl éducateurs (ohne Bac+3) und éducateurs gradués (Bac+3) formiert. Laut einer Motion vom Juni 2000 zum Gesetz von 1996 soll die Ausbildung des éducateur gradué mit dem traditionellen ISERP in die Hochschulunterricht integriert werden.

Statt erstmal alle Beteiligten in kurzen Statements zum Thema Stellung nehmen zu lassen, sprach Moderatorin Françoise Hetto Regierungsrat Germain Dondelinger auf den aktuellen Stand der Umsetzung dieser Motion im Hochschulministerium an, der daraufhin meinte, dass man neben der Berufsausbildung auch die Berufsaufgaben klar definieren müsse. Im Ministerium müsse man ja auch

die im Ausland ausgebildeten Kräfte « bedienen ».

Bei der Ausbildung stellen sich für ihn sowohl strukturelle, zeitliche wie inhaltliche Fragen.

Bei den strukturellen Überlegungen müsse man daran denken, dass das IEES mit einer Integration in das bestehende Hochschulgesetz aus einer staatlichen Schule in eine unter privaten Gesichtspunkten geführte Institution umgewandelt wird, deren Ausrichtung von einem gemischten Verwaltungsrat definiert wird, und die sich auch der Forschung und Privatwirtschaft öffnen muss.

Bei der zeitlichen Ausrichtung der Ausbildung könne man ebenso gut ein System Bac +2+2 ins Auge fassen, doch wird man wie bei der geplanten « School of Finance » vielleicht auch auf den Weg der europaweit immer öfter gebrauchten « Bologna Logik » gehen, die einen „Level“ Bac +3+2 vorsieht, so Dondelinger weiter.

Beim Inhalt des Unterrichts kann das Ministerium dann nicht mehr allein entscheiden. Hier muss man sich an die internationalen Normen anbinden und die Anerkennung der Ausbildungsinhalte nicht nur von den offiziellen Stellen absegnen lassen, sondern sich den ausländischen Institutionen in ähnlichen Bereichen angliedern, um eine einheitliche Akzeptanz der Diplome zu erreichen.

Dabei müsse aber klar zwischen Ausbildungs- und Aufgabenkriterien unterschieden werden.

Es sei nur normal, dass ein in Luxemburg ausgebildeter und arbeitender Sozialpädagoge (wie dieser Beruf in Deutschland gerne genannt wird Anm. d. R.) der luxemburgischen Sprache mächtig sein sollte, was man aber nicht von einem ausländischen Studenten verlangen kann, der nur seine Ausbildung in Luxemburg absolvieren möchte, um danach wieder im Ausland beruflich tätig zu werden.

Man habe eine Studie in die Wege geleitet, um die qualitativen und quantitativen Elemente der pädagogischen Ausbildung, bei der man laut Dondelinger eine "doppelte Sackgasse" unbedingt vermeiden müsse, genauestens unter die Lupe zu nehmen. Es handele sich hier nämlich um einen Sektor (in Deutschland nennt man ihn bereits den dritten, den hilfsleistenden Sektor Anm. d. R.), der sich in Zukunft noch rasant entwickeln wird.

Ben Fayot und Claude Simon waren sich beim Vorschlag einer Lösung Bac +2+2 einig. Hier sollte dann der erste Zyklus der Grundausbildung dienen, während der zweite Zyklus der Spezialisierung vorbehalten bleibt. Dabei dürfe das Gehalt aber nicht bei Bac +2 stehen bleiben, meinte Claude Simon, der selbst *éducateur gradué* ist, etwas ironisch.

Nelly Stein und Claude Meisch bezeugten im Namen ihrer jeweiligen Gemeinden die gute Zusammenarbeit mit den im IEES

ausgebildeten Pädagogen, die vor allem im sogenannten "précoce" eingesetzt werden. Besonders in der Gemeinde Differdingen, in der viele Kinder aus fremdsprachigen Familien schulpflichtig sind, ist der Einsatz der insgesamt 4 Pädagogen in Zusammenarbeit mit den „Spillschoulsjofferen“ von besonderer Wichtigkeit, so Claude Meisch, der sich auch Gedanken über deren Einsatz im neu geschaffenen « Service à la condition féminine » machte.

Zur Frage der Ausbildung meinte Nelly Stein ihrerseits, dass in ihren Gesprächen mit der Parteifreundin und zuständigen Ministerin auch schon mal in Richtung Bac +3+1 gedacht wurde. Darüberhinaus könnten auch ein oder zwei Jahre davon im Ausland absolviert werden, wobei sie Germain Dondelinger auf dem « kalten » Fuss erwischte, wie der metaphorisch nicht gerade zur Höchstform auflaufende Regierungsrat sich ausdrückte.

Viviane Loschetter, die ebenfalls im, Beruf tätig ist, bemängelte die absolute Konzeptlosigkeit der Regierung, die dazu führe, dass vor Ort so gut wie nichts geregelt ist. Dabei arbeiten immerhin rund 700 Erzieher in 55 Bereichen und bei 80 Arbeitgebern. Vor allem müsse der Aufgabenbereich klar umrissen werden, damit u.a. die Gemeinden als Arbeitgeber wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Als normal dürfte es wohl empfunden werden, dass bei gleicher Arbeit auch gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen angebracht seien, so Viviane Loschetter.

Beim Trend hin zur Gesamt- und Ganztagschule, bei dem sich alle Beteiligten einig waren, dürften diese Forderungen mehr als berechtigt sein. Doch auch die immer wieder auf solchen Veranstaltungen zu verzeichnenden Seitenhiebe gegen die „Nëtbrévétéiert“ dürfte der eigentlichen Sache wohl kaum. nützlich sein.

